



Nach Rückzieher des Senats Berliner SPD drängt auf Hauptstadtzulage auch für freie Träger

Jahrelang mussten Mitarbeitende der freien Träger auf den Monatsbonus von 150 Euro verzichten, dann wurde sie zugesagt – nun zurückgezogen. Es gibt Gerangel im Senat.

Von **Robert Kiesel**
26.02.2024, 17:47 Uhr

Wenige Tage nach der [überraschenden Streichung der Hauptstadtzulage](#) für die Beschäftigten der freien Träger hat die SPD ihren Koalitionspartner dazu aufgerufen, den Schritt zu überdenken. „Diese Absage an die sozialen Einrichtungen ist mit uns nicht abgestimmt und nach unserer Auffassung im Gesamtkontext des Haushaltsvollzuges zu diskutieren“, erklärte Lars Düsterhöft, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, dem Tagesspiegel am Montag.

Die Tagesspiegel-App Aktuelle Nachrichten, Hintergründe und Analysen direkt auf Ihr Smartphone. Dazu die digitale Zeitung. Hier gratis herunterladen.

[zum Hauptinhalt](#)



überzeichneten Landeshaushalt.

Ulker Radziwill, Fraktionskollegin Düsterhöfts und Landesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt in Berlin, nahm ebenfalls die Finanzverwaltung in die Pflicht. „Man sollte schon bei Zusagen bleiben“, erklärte Radziwill mit Blick auf die zu Jahresbeginn auch durch die Finanzverwaltung bestätigte Aussage, die Hauptstadtzulage werde künftig auch den Beschäftigten der freien Träger ausbezahlt.

150

Euro sollten die Beschäftigten der freien Träger künftig mehr verdienen.

„Es geht an dieser Stelle auch um den respektvollen Umgang mit den Mitarbeitenden“, sagte Radziwill und äußerte die klare Erwartung, den Streit in der Senatssitzung am Dienstag auszuräumen.

Anlass für die Kritik der beiden ist ein Schreiben der Finanzverwaltung, das dem Tagesspiegel vorliegt. Darin hatte Staatssekretärin Tanja Mildenerberger (parteilos, für CDU) darüber informiert, dass die bisher außertariflich gezahlte Hauptstadtzulage in Höhe von 150 Euro im Monat künftig Teil des Tarifvertrags werden soll – außer für Beschäftigte der freien Träger. Anfang Januar hatte Sozialstaatssekretär Aziz Bozkurt – mit dem Wissen der Finanzverwaltung – das Gegenteil erklärt.

„Die freien Kita-Träger und ihre Mitarbeitenden brauchen eine verlässlich arbeitende Verwaltung und keine widersprüchlichen Informationen.“

Ali Bülbül, Sprecher des Deutschen Kitaverbands in Berlin

Unterdessen haben mehrere Verbände, darunter der Deutsche Kitaverband, das Zurückrudern des Senats in Sachen Hauptstadtzulage kritisiert. Ali Bülbül, Sprecher des Landesvorstands Berlin, erklärte: „Die freien Kita-Träger und ihre Mitarbeitenden brauchen eine verlässlich arbeitende Verwaltung und keine widersprüchlichen

[zum Hauptinhalt](#)



Absage der Zulage

„**Massiver Vertrauensbruch**“ Berliner Senat will nun doch keine Hauptstadtzulage für freie Träger zahlen

T+ **Versprochen, gebrochen** Der Rückzieher bei der Hauptstadtzulage schadet Berlin und dem Senat

T+ **Berlins Senat gibt Zusage für Sozialbereich** Auch Mitarbeiter der freien Träger sollen Hauptstadtzulage erhalten

Oliver Bürgel, Landesgeschäftsführer der Berliner AWO, ergänzte: „So kann Politik nicht funktionieren. Allein die Einführung der Hauptstadtzulage 2020 nur für Landesbedienstete war ein massiver Vertrauensbruch. Nun, vier Jahre später, wiederholt sich dieser Vertrauensbruch indem Versprechen gebrochen werden. So wird die Basis für eine faire Zusammenarbeit zerstört.“

[zum Hauptinhalt](#)



[Impressum](#)

[Kontakt](#)

[Datenschutzerklärung](#)

[Datenschutz-Einstellungen](#)

[Mediadaten](#)

TAGESSPIEGEL

